

Menschenwürdige Arbeit in informellen Beschäftigungsverhältnissen – MOE/GUS Region

Bettina Musiolek

Die weltweite Analyse des informellen „Sektors“ hat zu einer Abkehr vom unternehmensbezogenen hin zu einem arbeits- und beschäftigungsorientierten Ansatz geführt.¹ Auch und gerade für die MOE/GUS²-Region ist dieser Ansatz geeignet, die Komplexität der Faktoren, Merkmale und Veränderungen der informellen Beschäftigung³ zu erfassen. Diese wird definiert als legitime Arbeit/Beschäftigung, der es an gesellschaftlich anerkannten Beschäftigungsstandards fehlt – z. B. einem existenzsichernden Arbeitseinkommen („living wage“), einem gesicherten Beschäftigungsverhältnis und einem angemessenen Arbeitsschutz. Somit geht der Bericht von einer methodisch sehr wichtigen Unterscheidung zwischen der Arbeit als solcher und den Bedingungen aus, unter denen sie verrichtet wird. Nicht die/der Beschäftigte ist das Problem, sondern die Bedingungen ihrer/seiner Arbeit. Traditionelle Strategien richten sich oft gegen die/den informell Beschäftigte/n selbst, wodurch sich deren/dessen Situation nicht selten zusätzlich verschlechtert.⁴

Formalität und Informalität in sich transformierenden Gesellschaften bilden zwangsläufig eine Mischung aus bereits bestehenden und neuen Prozessen; die in der Region zu beobachtenden Mischungen verbinden Merkmale, die typischerweise mit entwickelten und mit Entwicklungswirtschaften verbunden werden. Sie können jedoch nur in ihrer einmaligen, transitorischen Natur verstanden werden, die einen einfachen Vergleich mit „bekannten“ Phänomenen in anderen Ländern nicht zulässt. Die informelle Beschäftigung ist – und dies trifft hier vielleicht mehr zu als in jeder anderen Region – keineswegs eine in sich geschlossene Einheit, ein „Sektor“. Anders als in den so genannten Entwicklungsländern lässt sich keine eindeutige Grenze

ziehen zwischen dem „formellen“, „organisierten“ und dem „informellen“, „unorganisierten“ „Sektor“. Ähnlich verhält es sich mit Phänomenen aus „westlichen“ Marktwirtschaften: Privateigentum beispielsweise funktioniert nicht unbedingt so, wie man es aus „westlicher“ Sicht unterstellen würde. Auch die Grenzen zwischen formeller Arbeitslosigkeit und Beschäftigung verschwimmen, wodurch Beschäftigungsstatistiken in ihrem Interpretationsgehalt erheblich eingeschränkt sind.

Die „Explosion“ von Informalität in der Region vollzog sich in zwei Wellen: Anfang der 90er Jahre folgte auf die „Schocktherapie“ der Transformation eine heftige wirtschaftliche, finanzielle und gesellschaftliche Krise. Die Entindustrialisierung und Entagrarisierung der Ökonomien, die innerhalb weniger Jahre von der Vollbeschäftigung zu hoher Arbeitslosigkeit, zu Währungsentwertungen und häufig zu einer galoppierenden Inflation mit anschließendem Kaufkraftverlust der Löhne führten, setzte eine Mehrheit der Bevölkerungen der Armut aus. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bezeichnete diese Veränderung als die „most acute poverty and welfare reversal in the world“, die weltweit kritischste Umkehrung von Armut und Wohlergehen. Durch Privatisierungen war es vielfach einfacher geworden, die Arbeitskräfte des formellen „Sektors“ ihrer Rechte zu berauben. Bestehende Tarifvereinbarungen wurden von den neuen Eigentümern häufig ignoriert. Darüber hinaus waren Privatisierungen oft gleichbedeutend mit Schließungen oder Entlassungen. Aus diesen Gründen waren die Menschen gezwungen, nach Einkommensalternativen in Form von informellen und Subsistenztätigkeiten zu suchen.

Seit Ende der 90er Jahre findet in einer zweiten Welle eine intensivere Verschmel-

zung zwischen den Transformationsprozessen einerseits und der Globalisierung und Integration in die EU andererseits statt. Faktoren, die weltweit zu einer Verbreitung der informellen, non-standard Beschäftigung führen, gewinnen auch in der Region immer mehr an Bedeutung. Die Globalisierung wird gemeinhin mit der Suche nach flexibleren Arbeitsformen zur Aufrechterhaltung von Wettbewerbsvorteilen in Zusammenhang gebracht. Es findet eine Deregulierung der Arbeitsmärkte, eine

1 Es handelt sich hier um eine Zusammenfassung des Berichts „Decent Work in the Informal Sector, CEE/CIS Region“, der von der Autorin für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Vorbereitung ihrer diesjährigen Jahreskonferenz verfasst worden ist.

2 Die Abkürzung MOE/GUS (Mittel- und Osteuropa, Gemeinschaft unabhängiger Staaten) steht hier für die mitteleuropäischen Länder, die baltischen Staaten (Polen wird in einigen Fällen als baltischer Staat, in anderen als MOE-Staat betrachtet) und andere ehemalige Sowjetrepubliken, einschließlich der zentralasiatischen, den Balkan/Südosteuropa, einschließlich der ehemaligen jugoslawischen Länder und Albanien.

3 Diese Betrachtungsweise schließt illegale Tätigkeiten (im Sinne des Strafrechts), z.B. den Frauenhandel, aus.

4 Nicht selten werden beispielsweise „Schwarzarbeiter“ verfolgt, während ihre Arbeitgeber kaum Konsequenzen zu fürchten haben. Insbesondere für „illegale“ ArbeitsmigrantInnen bedeutet das sehr oft Abschiebung/Ausweisung, ohne dass die sie einschleusenden bzw. anstellenden Firmen belangt werden.

Dr. oec. Bettina Musiolek ist freie Autorin.
Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung, informelle Arbeit/Frauenarbeit, Sozialstandards und transnationale Akteure.
e-mail: B.Musiolek@knuut.de

Erhöhung der Kapitalmobilität und eine Umstrukturierung globaler Beschaffungs- und Wertschöpfungsketten statt. Für westeuropäische Unternehmen und Märkte ist die Region zu einem bevorzugten Ziel für Produktionsverlagerungen, Outsourcing, Unterauftragsvergabe (Subcontracting) und Montageproduktion/passive Lohnveredelung geworden. Verbreitet wird ein Zusammenhang zwischen diesen Prozessen und der zunehmenden informellen Beschäftigung gesehen.

Mithin gesellt sich zu den Transformationsproblemen der Globalisierungsdruck. Der dramatische Abbau des öffentlichen Sektors und der Sozialdienste wird z.B. häufig als ein naturgegebenes Resultat sowohl der Globalisierung als auch der Transformation dargestellt. Doch haben der Sozialabbau beispielsweise im Gesundheitswesen und dessen Privatisierung dazu beigetragen, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer kaum verpflichtet fühlen, Steuern und gesetzliche Sozialbeiträge abzuführen. Dies hat geschlechtsspezifische Folgen: laut Berichten des UNDP ist die MOE/GUS-Region weltweit die einzige Region, in der ein signifikanter Anstieg des Arbeitspensums der Frauen im Haushalt/ in der Familienarbeit beobachtet wird, während gleichzeitig ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt weiterhin hoch bleibt und ihr Beitrag zum Haushaltseinkommen dringend gebraucht wird.

Des Weiteren trägt auch die Tatsache, dass, anders als in vergleichbaren Situationen in anderen Regionen, eine kritische Öffentlichkeit, die die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen thematisiert, in der Region praktisch kaum vorhanden ist, zu einer Atmosphäre von „alles ist erlaubt“ und zu einer schwachen Respektierung der Sozial- und Arbeitsvorschriften bei. Angesichts des wirtschaftlichen und finanziellen Drucks und der sozialen Folgen von Transformation, Globalisierung und EU-Beitrittsbemühungen sind die Regierungen kaum geneigt, für die effektive Durchsetzung der in der Regel gut entwickelten Sozial- und Arbeitsgesetze zu sorgen. Diese schwache Durchsetzung von Sozial- und Arbeitsrechten machen sich in- und ausländische Arbeitgeber/Auftraggeber gezielt zunutze.

Es gibt Anzeichen dafür, dass der wirtschaftliche Aufschwung, der in einigen Ländern wie Polen und Ungarn in Form eines Wachstums des BIP beobachtet werden konnte, weder einen Rückgang der infor-

mellen Beschäftigung noch der hohen Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Frauen profitierten weniger von diesem Aufschwung. In vielen Ländern der Region sind sie in zunehmendem Maße sowohl mit einer Diskriminierung bei der Besetzung offener Stellen und bei der Arbeit, als auch mit der Wiedereinführung konservativer Familienrollen konfrontiert. So gibt es z.B. Berichte über Fälle von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und Diskriminierungen von Unternehmerinnen durch Gläubiger, Auftraggeber oder Zulieferer. Die Fälle von sexistischer Werbung und Stellenausschreibung können gar nicht mehr gezählt werden. Somit haben Frauen tendenziell weniger Chancen, im entstehenden privaten Sektor eine gut abgesicherte und gut bezahlte Stelle zu finden. Sie sind eher im Rahmen von informellen Beschäftigungsverhältnissen einschließlich der „Selbstbeschäftigung“ (self-employment) tätig, die ihrem in der Regel hohen (und gegenüber Männern im Durchschnitt oft höheren) Bildungsstand bei weitem nicht gerecht werden. Darüber hinaus laufen sie eher Gefahr, Opfer von Arbeitsrechtsverletzungen zu werden.

Die Länder der Region lassen sich hinsichtlich der Bedeutung informeller Beschäftigung grob in zwei große Gruppen einordnen:

(1) Länder, in denen sich eine fatale Kombination aus Überregulierung und fehlender Regulierung feststellen lässt, die aber über gesellschaftlich anerkannte Standards verfügen, welche formalisierte Beschäftigungsmuster begünstigen. Der Anteil der informellen Wirtschaft am BIP und an der Beschäftigung (gemäß oben stehender Definition) wird auf 30 – 50 % geschätzt.

(2) Länder, in denen eine umfassende „informelle Regulierung“ vorherrscht, z.B. Russland; in diesen Ländern wird die Überregulierung (als formelle Regulierung) durch die „informelle Regulierung“ fast vollständig untergraben und überlagert. Der Anteil der informellen Wirtschaft an BIP und Beschäftigung beläuft sich auf mindestens 50 – 70 %.

Folgende *Formen von informellen Arbeitsverhältnissen* sind für die gesamte Region typisch:

(1) *Mehrfachbeschäftigung*: In diesem Fall werden neben der Ausübung einer der im öffentlichen oder sozialen Sektor noch ver-

bleibenden Berufe, z.B. LehrerIn oder Arzt/Ärztin, wegen der geringen Kaufkraft oder der Nichtauszahlung der Arbeitsentgelte weitere Tätigkeiten ausgeübt. Frauen machen sich in einer derartigen Situation häufig als Privatlehrerin, Übersetzerin oder Beraterin/Assistentin für ausländische Organisationen oder Unternehmen selbstständig. Männer entscheiden sich eher für eine selbstständige Tätigkeit im Bereich der technischen Dienste oder der technischen Beratung. Dieser Bereich umfasst sowohl gut bezahlte, als auch gering bezahlte Tätigkeiten.

(2) „Klassische“ *informelle Wirtschaftstätigkeiten*: Hierzu zählen der Grenz- bzw. „Kofferhandel“, der Straßenverkauf und die Heimproduktion von Dienstleistungen oder Waren für lokale Märkte. In diesen Bereichen herrscht ebenso wie in anderen Regionen der Welt Geschlechtersegregation entlang dem Beschäftigungsstatus.

(3) *Arbeitsmigration* in Form von Saisonarbeit oder anderer Gelegenheitsarbeit in Westeuropa, hauptsächlich in Italien und Deutschland (hausbasierte Dienstleistungen wie Putzen, Kinderbetreuung, Altenpflege; Baugewerbe, Landwirtschaft), mit manchmal katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen.

(4) *Subcontracting und insbesondere Montageproduktion*⁵ innerhalb globaler oder europäischer Beschaffungsketten. Dies ist einer der bedeutendsten informellen Beschäftigungsbereiche in der Region. Subcontracting/Montageproduktion kann als Hausindustrie, in Mikro-Unternehmen und in herkömmlich zum „formellen Sektor“ zählenden Fabriken stattfinden. Es handelt sich um geschlechtersegregierte Branchen. Zu den typischen Sektoren zählen die Herstellung von Bekleidung und Schuhen und die Lebensmittelverarbeitung. In vielen Ländern der Region bilden Bekleidungsprodukte den größten Export-

⁵ Zu den Begriffen, die im internationalen Diskurs zu globalen Wertschöpfungs- und Beschaffungsketten verwendet werden, um die Vergabe von Aufträgen für bloße Montageoperationen zu bezeichnen, zählen „Outward Processing Trade“, „Assembly Production“ und „Cut-Make-Trim“ (zu deutsch: „Passive Lohnveredelung“). In der Region finden die Begriffe „Lohnsystem“ oder „Ishleme“ (türkisch für „Stickerei“, gemeint sind jedoch alle Arten von Montageproduktionen) Verwendung.

anteil, wobei die EU der größte Abnehmer ist. Typische Anzeichen für Informalität in diesem Sektor sind u.a. fehlende Arbeitsverträge und die Tatsache, dass eine effektive Organisation der Arbeitnehmer oder Tarifverhandlungen kaum stattfinden.⁶ Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten in der Regel „offiziell“ den gesetzlichen Mindestlohn (der meist zur Deckung des Existenzminimums nicht ausreicht), während der Rest des Entgelts „schwarz“ bezahlt wird.

Westeuropäische Auftraggeber verlagern Teile ihrer Beschaffungsketten in die Region, weil grundlegende Arbeitsrechte kaum respektiert werden, wodurch eine hohe Produktions- und Arbeitsflexibilität möglich wird. Es ist kein Zufall, dass jene Sektoren, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, Ziel einer derartigen, extrem tayloristischen Produktion sind, die von Flexibilitäts- und Zeitvorteilen profitiert, welche sich aus der Verfügbarkeit von qualifizierten, unterbezahlten und „folgsamen“ weiblichen Arbeitskräften ergibt. Die durch geringe Arbeitskosten und einen unzureichenden Schutz der ArbeitnehmerInnen garantierten Zeit- und Flexibilitätsvorteile motivieren die Unterauftragsvergabe (Subcontracting) in die Region. Entsprechend dem herkömmlichen „Familienernährer-Modell“ wird das Arbeitsentgelt der Frau als ein zusätzliches, ergänzendes Einkommen betrachtet, obwohl die gesellschaftliche Realität dieser Betrachtungsweise scharf widerspricht.⁷ Eine Ursache für die Verschlechterung der Lebensbedingungen und des Angebotes an menschenwürdiger Arbeit ist die Tatsache, dass die gesetzlichen Mindestlöhne regelmäßig weit unter einem existenzsichernden Lohn (living wage) liegen und vielmehr aus den Empfehlungen internationaler Finanzinstitute abgeleitet sind.

Darüber hinaus wird das Lohnveredelungsmodell durch die EU-Handelsbestimmungen (Zollbefreiungen oder -begünstigungen für diese Importe) massiv gefördert. Allein im Bekleidungsbereich konkurrieren weltweit hunderttausende Zulieferer um die ersehnten Aufträge. Die schwache Verhandlungsmacht von lokalen Produzenten/Zulieferern gegenüber multinationalen Unternehmen, die bei ihnen einkaufen, führt zu Subcontracting-Arrangements, die für die Auftragnehmer sehr fragil und höchst unbeständig sind und mit niedrigen Gewinnmargen, einer hohen Abhängigkeit vom Auftraggeber und infor-

mellen, ungesicherten Arbeitsbedingungen einhergehen. Auch für die Volkswirtschaften ist das eher eine wirtschaftliche Sackgasse: eine Respezialisierung auf arbeitsintensive Zulieferproduktion mit fragmentierter Wirtschaftsstruktur. Während es in anderen Weltregionen einigen Ländern gelungen ist, „komplettere“ Wertschöpfungsketten aufzubauen (Vollgeschäft) und ihre Positionen in den globalen Beschaffungsketten zu verbessern, erlebte diese Region einen umgekehrten Trend, nämlich eine Reduzierung der Fertigungstiefe (Downgrading) mit den erwähnten Auswirkungen. Diese Form von Informalität zeigt deutlich, dass informelle Beschäftigung die formelle Wirtschaft subventioniert und formelle und informelle Beschäftigung nur unter Berücksichtigung ihrer Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten verstanden werden können.

Was *Strategien gegen Informalität* betrifft, so wird versucht, über die bloße Fixierung auf Steuerhinterziehung hinauszugehen, da dies eine stark simplifizierte Strategien-Dichotomie zur Folge hätte – soll die Durchsetzung von Gesetzen verschärft werden oder nicht, sollen die Steuern erhöht werden oder nicht? Informalität ist ein Hinweis darauf, dass die politischen, gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen den sozio-ökonomischen Realitäten, z.B. der Armut und den Überlebensstrategien der Bevölkerung, nicht entsprechen. Ferner zeigen intensive informelle Arbeitsbeziehungen, dass die Praxis industrieller Beziehungen erheblich vom regulativen/rechtlichen/institutionellen System abweicht. Dies soll nicht heißen, dass Institutionen und regulative Rahmenbedingungen nicht vorhanden oder nicht in Funktion seien. Aber sie funktionieren eben nicht in einer Weise, die für Marktwirtschaften vielleicht unterstellt wird. Es ist ein besseres, regionalspezifisches Verständnis für die Verflechtungen zwischen rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, zwischen Vorschriften und ihrem De-facto-Einfluss notwendig. Nur dann können ohne Nachteile für die beteiligten Arbeitskräfte sinnvolle Strategien für menschenwürdige Arbeit in der informellen Wirtschaft entwickelt werden.

Entscheidend für die Formulierung von Strategien sind Organisationen, die informell Beschäftigte vertreten. Die Zahl solcher Organisationen ist in der Region gering. Das Bewusstsein der bislang im verbliebenen formellen „Sektor“ vertretenen

Gewerkschaften wächst. Jedoch stellt die informelle Beschäftigung weltweit und insbesondere in der Region noch immer eine Herausforderung für die Arbeiterbewegung dar. Die Gewerkschaften der Region sehen in informeller Arbeit noch allzu oft eine „unfaire Konkurrenz“. Sie könnten von den Bemühungen der in der informellen Wirtschaft tätigen Netzwerke und Organisationen, z.B. von Homenet und Streetnet und ihren Mitgliedsorganisationen lernen.

Das Konzept einer beschäftigungsorientierten Sicht von menschenwürdiger Arbeit muss v.a. hinsichtlich der konkreten Arbeitsstandards, auf die es sich beziehen soll, gemeinsam mit den Beschäftigtenorganisationen in der informellen Wirtschaft operationalisiert werden. Für die Beschäftigten in Beschaffungsketten für Bekleidung und Sportbekleidung, in denen die informelle Beschäftigung besonders stark vertreten ist, wurde im Dialog mit Beschäftigtenorganisationen ein Katalog von Arbeitsnormen entwickelt. Dieser Katalog basiert auf ILO-Konventionen⁸ und hat weltweit breite Akzeptanz bei Arbeitnehmer- und Multi-Stakeholder-Initiativen gefunden.

Da globale Beschaffungsketten für die Region eine große Bedeutung haben und informelle Arbeitsarrangements innerhalb dieser globalen Beschaffungsketten überwiegen, kann davon ausgegangen werden, dass die Strategien für menschenwürdige Arbeit den „supply chain“-Ansatz nutzen können. Ähnlich den Multi-Stakeholder-Initiativen im Bekleidungssektor⁹ sollten sie folgende *Anforderungen* erfüllen:

6 In Rumänien sind von schätzungsweise 10.000 Betrieben der Bekleidungsproduktion lediglich einige Dutzend gewerkschaftlich organisiert.

7 Nach Schätzungen der Gewerkschaften sind 60 % der weiblichen Arbeitskräfte in diesem Sektor allein stehende Mütter oder die alleinige Ernährerin der Familie.

8 Hierzu zählen die ILO-Kernkonventionen (Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit) und darüber hinaus das Recht auf einen existenzsichernden Lohn, die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit und der Überstunden sowie das Recht auf ein stabiles Beschäftigungsverhältnis und einen angemessenen Arbeitsschutz.

9 Als Beispiele seien hier die niederländische „Fair Wear Foundation“ und die britische „Ethical Trading Initiative“ genannt.

(1) Es müssen gewisse Arbeitsstandards umgesetzt und überprüft werden, die auf *alle* Arbeitskräfte Anwendung finden, die an der Produktion einer Ware oder Dienstleistung beteiligt sind, wobei es keine Rolle spielen darf, in welchem Rechtsverhältnis sie zum Endverwerter stehen; d.h. die gesamte Beschaffungskette, einschließlich der im Rahmen von Subcontracting-Vereinbarungen in Heimarbeit tätigen Näherinnen, muss berücksichtigt werden.

(2) Die Überprüfung dieser Standards muss *unabhängig* sein; dies wird durch die Ein-

beziehung verschiedener Beteiligter (Stakeholders), wie Gewerkschaften, NROs, Wirtschaftsverbände, Selbstorganisationen und Regierungsstellen gewährleistet.

(3) Lokale Organisationen müssen in den Überprüfungs- und Implementierungsprozess einbezogen werden.

(4) Endvermarkter, in der Regel multinationale Unternehmen, müssen in Übereinstimmung mit anerkannten Best Practices ihr eigenes Sozialmanagementsystem erstellen, um eine kontinuierliche Umset-

zung der Arbeitsstandards innerhalb der gesamten Beschaffungskette zu gewährleisten.

Entscheidend für den Erfolg der Bemühungen um menschenwürdige Arbeit in der informellen Wirtschaft ist schließlich, dass die Beteiligten offen und transparent agieren und entsprechend der Diversität in den konkreten Beschäftigungssituationen eine Vielfalt der Wege und Strategien zulassen. Es kann nicht nur *eine* Lösung für Informalität geben.

Gendered Globalization – Frauennetze als transformative Möglichkeitsräume

Christina Schachtner

EINFÜHRUNG

Globalisierung geriert als Prozess, der sich geschlechtsneutral gibt, tatsächlich aber in seinem Kern vergeschlechtlichte Strukturen aufweist. Im Anschluss an die Erläuterung dieser These wird in diesem Beitrag am Beispiel von Frauennetzen der Frage nachgegangen, inwieweit diese zivilgesellschaftlichen Initiativen eine kritische Antwort auf den Globalisierungsprozess darstellen und inwieweit sie politische Alternativen ins Spiel bringen. Als Beispiele dienen zum einen kommunale Frauenprojekte, die im Rahmen der Agenda 21 in bundesdeutschen Städten und Regionen entstanden sind¹ und zum anderen computergestützte Frauennetze wie *webgrrls*, *web for women*, *femity*, *internetfrauen*, die mit dem Ziel gebildet wurden, Plattformen für den Wissens- und Erfahrungsaustausch für Frauen bereitzustellen und strategische Allianzen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen im beruflichen und politischen Kontext zu fördern.²

„RAMBOISIERUNG DER ÖKONOMIE“ UND DIE ZERSTÖRUNG DES SOZIOKULTURELLEN KAPITALS

Globalisierung wird weniger mit Politik assoziiert als vielmehr mit der Welt des Business, der Spekulation, des Profits, mit ei-

ner Welt, die sich der neoliberalen Ideologie verschrieben hat. Diese Ideologie umfasst ein System von Regeln und Intentionen, das die Handels- und Finanzmärkte von (national-)staatlichen Fesseln befreien und die Regulationsspielräume staatlicher Politik einengen möchte (Kreisky 2001, S. 78). Das Erscheinungsbild des neoliberalen Politikprojekts ist geschlechtsneutral, doch das trägt. Wie die Politologin *Eva Kreisky* ausführt, speist es sich aus einem androzentrischen Diskurs, in dem die soziale Demokratie abqualifiziert und nur die Wildnis des Marktes als leistungsgerecht betrachtet wird. Neoliberale Leistungsgerechtigkeit baut auf Risikobereitschaft, Härte, Konkurrenz, Robustheit und damit auf ein Subjektmodell, das männlich konnotiert ist. Wilder Kapitalismus und wilde Männlichkeit bilden im neoliberalen Denken ein erfolversprechendes Paar. Alles, was das maskulinistische Leitbild des Neoliberalismus stört, ist diesem Denken ein Dorn im Auge. Daraus resultiert die Absage an soziale Verantwortung und sozialverträgliche Regulierung ökonomischen Handelns zugunsten der Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft (Young 1998, S. 144); daraus resultiert die Minderbewertung reproduktiver Aufgabenfelder wie Pflege, Sorge, Gesundheit, Erziehung, Bildung mit der Konsequenz, dass die gesellschaftlichen Ausgaben in diesen Bereichen einem per-

manenten Sparkurs unterliegen. Daraus resultieren verschärfte Schließungsmechanismen gegenüber all jenen sozialen Gruppen und Weltregionen, die der „Ramboisierung der Ökonomie“ (Kreisky 2001) nicht gewachsen sind (s. auch Wittmann 2001).

Um es nochmals zu betonen: Vergeschlechtlichung unter dem Diktat des Neo-

1 Die Aussagen rekurrieren auf die Studie „Zukunft gestalten. Frauenprojekte im Agenda 21-Prozess“, die vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wird. Es wurden 24 Projekte in 17 deutschen Städten und Regionen untersucht.

2 Die Aussagen nehmen Bezug auf die Studie „E-Netzwerk. Kommunikation und Selbstdarstellung in virtuellen Frauen-Räumen“, die vom BMBF gefördert wird.

Prof. Dr. Christina Schachtner, Institut für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.
e-mail: schachtn@mail.uni-marburg.de

Der Text basiert auf einem Vortrag, der auf dem World Social Forum in Porto Alegre/Brasilien im Januar 2002 gehalten wurde

liberalismus bedeutet nicht nur Über- und Unterordnung von Männern und Frauen; diskriminiert und entwertet werden die vom maskulinistischen Leitbild abweichenden Existenzweisen sowie diejenigen, die diese Existenzweisen repräsentieren. Das impliziert auch Hierarchien zwischen Männern und Männlichkeiten. Die Scheidlinie zwischen GlobalisierungsverliererInnen und -gewinnerInnen verläuft nicht notwendig entlang der Differenz zwischen Männern und Frauen.

Neoliberale Globalisierung ereignet sich also nicht jenseits der Geschlechterpolitik, sie ist Geschlechterpolitik, indem sie die Hegemonie vergeschlechtlichter Denk-, Handlungsmuster und Existenzweisen verschärft (Kreisky 2001, S. 87). Dem ungehinderten Profitstreben werden notfalls Sozial- und Solidarzusammenhänge, soziale Sicherungssysteme und identitätsstiftende kulturelle Milieus geopfert. Als Beispiel für dieses entfesselte Spiel zitiert *Viviane Forrester* die kolonialisatorische Ansiedlung von Märkten im asiatischen Raum, motiviert durch die Aussicht auf almosenhafte Lohnkosten und ohne Rücksicht auf lokale Sozialkontexte. Das Ergebnis schildert sie wie folgt: „Rasante Profite in Rekordzeit und – ebenfalls in Rekordzeit – der absolute Zusammenbruch (...). Es bleiben gigantische, anmaßende und leere Riesenstädte, die dort nicht hinpassen sowie das gesteigerte Elend der jeweiligen Bevölkerung, während die heldischen Kämpfer des Epos – unfähig das Desaster zu kontrollieren (...) –, sich einzig darum sorgen, Finanzkurse mit ihren unkontrollierbaren Launen zurechtzuflicken“ (Forrester 2001, 222). Solche Konsequenzen sind längerfristig auch dysfunktional für das neoliberale Modell.

Die Logik des neoliberalen Modells ist linear, da einzig auf Profitmaximierung gerichtet, hierarchisch, da sie Über- und Unterordnungsverhältnisse produziert zwischen Zentrum und Rand, zwischen monetärer und sozialer Sphäre, zwischen Männlichkeit und Weiblichkeit, zwischen Shareholdern und Besitzlosen und sie ist zentralistisch, weil sie auf zentrale Orte setzt, an denen mediale Infrastruktur, Management- und Kontrollfunktionen hochkonzentriert zur Verfügung stehen.

FRAUENNETZE ONLINE UND OFF-LINE ALS SUBVERSIVES POTENZIAL?

Außerparlamentarische Initiativen wie lokale und nationale Netzwerke agieren nicht

außerhalb, sondern innerhalb von Globalisierungsprozessen. Es wäre vermessen, sie bereits als soziale Bewegungen zu sehen, die das neoliberale Projekt in seine Schranken verweisen können. Jedoch formieren sie sich als Steuerungs- und Organisationseinheiten, die bedenkenwerte Gegenakte hervorbringen. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf die Diskussion von zwei charakteristischen Merkmalen dieser Netze, die eine Alternative zum neoliberalen Modell darstellen und die ich *thematische* und *strukturelle* Vernetzung nenne.

Thematische Vernetzung bezeichnet einen Bezug auf die Welt, der sich auf deren Komplexität einlässt; das Interesse ist nicht nur wie im neoliberalen Denkmodell auf ökonomische Phänomene gerichtet, sondern vielmehr auf die Interdependenz zwischen ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Vorgängen. Ein Beispiel für ein thematisch vernetztes Denken ist das „Unternehmen Feuerstelle“, ein Energieprojekt, das von einer Frauengruppe in München entwickelt wurde. Energieversorgung ist aus der Sicht der Akteurinnen verbunden mit Fragen von Geld und Macht. Energieversorgungsunternehmen können in der Regel unangefochten agieren, denn sie halten das Monopol über Energietransportwege, Müllentsorgung, Energiepreise. Für eine der Akteurinnen aus dem Unternehmen Feuerstelle steht fest: „Das Thema Energie ist ein großes, großes Thema von Kontrollfunktionen. Wenn die Energiewerke beschließen, dass sie die Strompreise erhöhen, dann kann fast niemand was dagegen unternehmen“. Die Frauengruppe hat daraus die Konsequenz gezogen, ein Blockheizkraftwerk zu bauen, mit dem sie zeigt, dass eine kleinteilige, autarke Energieversorgung möglich ist, die tendenziell das Monopol der Großkonzerne brechen kann.

Thematisch vernetztes Denken zeigt sich auch in einem Projekt, das eine Frauengruppe in Lüneburg realisiert hat. Das Projekt ist im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung angesiedelt. Die Akteurinnen haben zunächst die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen ihrer Stadt identifiziert. So haben sie beispielsweise festgestellt, die Grünflächen in ihrer Stadt haben

(1) eine *ökonomische Funktion*: Sie steigern die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort;

(2) eine *ökologische Funktion*: Sie verbessern die klimatischen Bedingungen;

(3) eine *kulturelle Funktion*: Sie unterstützen die kulturelle Identität der Stadt;

(4) eine *soziale Funktion*: Sie bieten Lebensqualität und sind ein Erlebnisraum für alle Bevölkerungsgruppen.

Der Bereich Freiflächen hat für die Agendagruppe eine multifunktionale kommunale Bedeutung; dasselbe gilt aus deren Sicht für die Bereiche Wohnen und Arbeiten. Die Attraktivität ihrer Stadt als Wohnort und Wirtschaftsraum ist umso größer – so die Akteurinnen – je optimaler das Zusammenspiel verschiedener Funktionen geregelt werden kann. Nach dieser Devise erarbeiteten sie ein kommunales Entwicklungskonzept, das vom Stadtparlament kürzlich akzeptiert wurde.

Die Vernetzung unterschiedlicher thematischer Bereiche ist auch für computergestützte Frauennetze typisch. Das Online-Netz *internetfrauen* beispielsweise umfasst sowohl Themen, die sich auf globale politische Ereignisse beziehen, als auch Themen, die Frauen bei der Regelung ihres privaten Alltags oder bei der Gründung eines eigenen Unternehmens unterstützen. Ökonomische, politische, soziale, psychologische Belange sind miteinander verlinkt, was den Userinnen erlaubt, ihren Interessen auf verschiedenen Ebenen nachzugehen und diese Ebenen mitzugestalten.

Thematisch vernetztes Denken ist eine Schlüsselqualifikation angesichts der Erschütterung und Zerstörung soziokultureller Strukturen im Zuge neoliberaler Entwicklungsdynamik. Frauen bringen für ein solches Denken günstige Voraussetzungen mit, weil sie mit ihren Biographien viele verschiedene Teile individuellen und gesellschaftlichen Lebens abdecken. Sie haben mit dem Erwerbs- und mit dem Reproduktionsbereich, sie haben mit Kindern, Alten und Kranken zu tun und wissen daher aus der Praxis ihres Alltags heraus, welche Anforderungen öffentliche und private Räume in verschiedenen Lebensphasen und Lebenslagen erfüllen müssen.

Das zweite typische Merkmal der Frauennetze, die strukturelle Vernetzung, drückt sich im Fall der Agendagruppen in dem explizit verfolgten Wunsch nach dem Dialog mit VertreterInnen anderer Interessensgruppen vor Ort aus. Ein erfolgreiches Beispiel struktureller Vernetzung ist das

Frauennetzwerk Agenda in der Stadt Duisburg, einer ehemals bedeutenden Industrieregion, die nach dem Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von ca. 20% aufweist. Das Frauennetzwerk Agenda besteht aus einem regelmäßig stattfindenden „Runden Tisch“, an dem Vertreterinnen aller relevanten örtlichen Interessensgruppen teilnehmen, Vertreterinnen von Umweltinitiativen, Vertreterinnen des Verkehrs- und des Fahrradclubs, der Informationsstelle Dritte Welt, der Polizei, der Industrie- und Handelskammer, der Kommunalverwaltung. Der „Runde Tisch“ dient dazu, öffentlich relevante Themen zu formulieren, Interessen auszutarieren, Kompetenzen und Ressourcen für Lösungen zu bündeln, parlamentarische Abstimmungen vorzubereiten. Die festgestellte Dialogbereitschaft bedeutet nicht, dass sich die Akteurinnen Illusionen über ihre Einflussmöglichkeiten machen. Sie rechnen mit Widerstand von Seiten der etablierten politischen und ökonomischen Akteure. „Wir sind angetreten, dicke Bretter zu bohren“, sagt die Vertreterin eines Agenda-projekts.

Das Spinnen und Weben ist seit jeher das Geschäft der Frauen, ein ihnen auferlegtes Geschäft, das gleichwohl Gelegenheit bot, sich einzuüben in die Logik des Vernetzens und Verknüpfens. Netzwerke entstehen, wo Menschen aufeinander angewiesen sind. Sie bündeln Problemsichten, Kompetenzen und Ressourcen und erhöhen somit das Wissens-, Solidar-, Kritik- und Problemlösungspotenzial. Einige der Agendagruppen haben angefangen, die Neuen Medien für ihre Vernetzungsidee zu nutzen. Die benannten computergestützten Frauennetze bauen sogar vorrangig auf das Netz-Medium, das mit dem World Wide Web bislang ungekannte Verknüpfungsmöglichkeiten erhalten hat, durch die immer mehr Computer, Webseiten, Dateien, Links ins Netz gezogen werden. Das Garn, teils materiell, teils immateriell dreht und windet sich von Homepage zu Homepage, von Mailbox zu Mailbox, von Diskussionsforen zum lockeren Chat; es hat keinen Anfang und kein Ende, es beherbergt keine Bewegungen, die schnurstracks von einem Punkt zum anderen gehen, sondern transversale Bewegungen, die in die eine und in die andere Richtung gehen (Plant 2000, S. 149).

Auch die Global Players haben ihre Netzwerke, doch die sind eingeschworen

auf das eine Ziel der Profitmaximierung, das zentralisierte Strukturen unentbehrlich macht. Transversale Bewegungen sind ihnen fremd. In die vorgestellten Frauennetze ist eine andere Logik eingewoben. Diese Logik ist so harmlos nicht. Sie klammert das Soziale nicht aus, sie spaltet nicht, sondern fügt zusammen. Sie steht gegen die Hegemonie des maskulinistischen Leitbildes. Aber es ist zu fragen: Agieren Frauen als Baumeisterinnen des Sozialen nicht wieder in ihren alten Rollen? Kümmern sie sich nicht wieder in alter kurativer Manier um die Zerstörungen, die eine eindimensional orientierte Ökonomie auf dem Schlachtfeld zurückgelassen hat? Dieses Risiko existiert, aber es korrespondiert mit subversiven Möglichkeiten. Die vorgestellten Frauennetze beschränken sich in ihrem Engagement nicht auf den privaten Raum; sie besetzen mit ihrer Kritik, ihren Wünschen und Vorschlägen den öffentlichen Raum und stellen damit den herrschenden Geschlechtervertrag in Frage, der Frauen aus diesem Raum tendenziell ausschließt. Sie opponieren gegen die Spaltung von Öffentlichkeit und Privatheit; ihre Strategien setzen nicht nur an den Folgen vergeschlechtlichter Handlungsmuster an, sondern auch an deren Entstehungsbedingungen. Sie rütteln an den Säulen des Systems, weil sie ins Spiel bringen, was dieses System notwendig ausgrenzen muss.

ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN IM KONTEXT VON DIFFERENZ, DIALOG, TRANSVERSALER POLITIK

Frauennetze auf lokaler und nationaler Ebene bilden Elemente eines politischen Gegengewichts, deren Bedeutung mit der Ausweitung der Netzwerke über lokale und nationale Grenzen hinweg steigt. Eine solche Ausweitung erfordert transnationale Austausch- und Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Frauennetze – ein Unternehmen, das nicht ohne Schwierigkeiten zu realisieren ist. Potenzielle Konfliktpunkte sind:

(1) Existierende Hierarchien zwischen Frauen aus den Ländern des Nordens und des Südens. Viele schwarze Frauen haben darauf hingewiesen, dass feministische Anliegen häufig eurozentristisch geprägt sind (Yuval Davis 1996, S. 220).

(2) Existierende Hierarchien zwischen privilegierten und unterprivilegierten

Frauen. Die beschworene Schwesterlichkeit verdeckt soziale und ökonomische Ungleichheiten.

(3) Existierende kulturelle Differenzen, die zugunsten homogener Vorstellungen über die Lebensrealität von Frauen ignoriert wurden.

Im aktuellen feministischen Diskurs werden Vorschläge gemacht, die unter Berücksichtigung der genannten Fallstricke darauf hinauslaufen, einen neuen Begriff von Kultur zu kreieren, der sich gegen universalistische Vorstellungen sperrt. Kultur wird nicht als essentialistisches homogenes Ganzes, sondern als dynamisches widersprüchliches System gedacht, in dem sich individuelle und soziale Identitäten permanent neu strukturieren (Yuval Davis 1996, S. 221). Dieser Denkansatz birgt die Chance für die Konstitution eines „dritten Raumes“, für ein Dazwischen, in dem ein vielstimmiges und vielwertiges Gespräch über soziale und kulturelle Differenzen stattfinden kann mit dem möglichen Resultat, dass neue Erzählungen entstehen, die common ground konstituieren, ohne Differenzen zu tilgen (Benhabib 1999, S. 68).

Dem „dritten Raum“ entspricht eine transversale Politik, die die unterschiedliche soziale und kulturelle Verortung von Frauen berücksichtigt, aber keiner Frau einen privilegierten Zugang zur „Wahrheit“ zugesteht (Yuval Davis 1996, S. 222). Sie verlangt nach Dialogen, die im Bewusstsein eines unfinished knowledge geführt werden und die sich im Modus des rooting und shifting vollziehen. Rooting meint, die eigene Verwurzelung sichtbar zu machen und shifting bezeichnet die Bereitschaft, eigene Positionen zu verändern, um mit Frauen aus anderen kulturellen Kontexten kommunizieren und kooperieren zu können.

Schließlich wird es im Interesse der Entwicklung nicht zu übergehender politischer Gegengewichte auch darauf ankommen, den Dialog mit den Akteuren im neoliberalen Feld zu führen, mit den VertreterInnen staatlicher Institutionen und internationaler Wirtschaftsunternehmen. Das Ziel könnten Verträge sein, die die globale Wirtschaftstätigkeit an Sozial-, Kultur- und Ökologieverträglichkeit binden (Die Gruppe von Lissabon 1997, S. 169 ff.) und die die RepräsentantInnen großer Wirtschaftskörner in eine permanente Auseinan-

dersetzung über konsensfähige Zukunftsgestaltung verwickeln. Die Chancen hierfür stehen nicht schlecht, zum einen, weil das neoliberale System durch Ausbeutung und Verödung von Ländern und Regionen sei-

ne eigenen Grundlagen zerstört und zum andern, weil die Nationalregierungen ohne Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Netzen zunehmend handlungsunfähig werden. Illusionen freilich wären unange-

bracht: Interessensgegensätze sind nicht zu leugnen und diese können sich immer wieder als Dialogblockaden erweisen.

LITERATUR

Benhabib, S. (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit, Frankfurt/Main

Die Gruppe von Lissabon (Hrsg.) (1977): Grenzen des Wettbewerbs, Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München

Forrester, V. (2001): Die Diktatur des Profits, München/Wien

Kreisky, E. (2001): Die maskuline Ethik des Neoliberalismus – Die neoliberale Dynamik des Maskulinismus, in: femina politica, Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 2, S. 76–91

Plant, S. (2000): nullen + einsen. Digitale Frauen und die Kultur der neuen Technologien, München

Wittmann, W. (2001): Tut endlich was!, in: Die Weltwoche vom 8.11.

Young, B. (1998): Politik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung. Eine Geschlechterkritik, in: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Sonderheft 28, S. 137–151

Yuval, Davis, N. (1996): Frauen und „transversale“ Politik, in: Fuchs, B./Haburger, G. (Hrsg.), Feminismus und Rassismus, S. 217–223

Die Einheit Europas – Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung

Renate Langewiesche

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und sein wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI), veranstalten gewöhnlich alljährlich eine gemeinsame große Konferenz. Im Mittelpunkt dieser Konferenzen steht entweder ein Thema, das für die Gewerkschaften von besonderem Interesse ist oder ein spezielles aktuelles Thema aus der Arbeitswelt. Die Konferenz im Oktober 2000¹ fand an der Schwelle zu einem Jahrzehnt der Beitritte neuer Mitglieder zur Europäischen Union und elf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, drei Jahre nach dem Luxemburger Gipfel der Europäischen Union – der seinerzeit den Weg für Verhandlungen über die Mitgliedschaft der Hälfte der jetzigen Beitrittsländer öffnete – und ein Jahr nach dem Gipfel von Helsinki statt, bei dem die Verhandlungen mit der anderen Hälfte der Kandidatenländer be-

schlossen wurden und die Türkei als Kandidatenland anerkannt wurde. Vor dem Hintergrund dieser anstehenden Neuauflagen drängte sich das Konferenzthema geradezu auf. Nebenbei bemerkt fiel der erste Tag der Konferenz auch noch mit einem anderen historischen Ereignis zusammen: dem Niedergang der Diktatur von *Milosevic* in Serbien und Jugoslawien.

Bekanntlich begann die Erweiterung des EGB gen Osten 1991 mit den ersten Aufnahmen von Gewerkschaftsbünden aus den mittel- und osteuropäischen Bewerberländern im Beobachterstatus. Ab 1995 wurden diese Bünde als Vollmitglieder aufgenommen. Die Aufnahme der übrigen drei Kandidatenländer, die nicht in Mittel- bzw. Osteuropa liegen, war bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt erfolgt. Die Auswahl der Hauptredner belegt, dass sowohl die Erweiterung der Europäischen Union gen Osten als auch gen Süd(osten) dem EGB wichtig ist, wie natürlich auch die

Entwicklungen auf dem Balkan, wo die noch ausstehende Befriedung und Stabilisierung auch für das Heute und Morgen der EU entscheidend sind und eine Grundvoraussetzung für jede etwaige Mitgliedschaft von Balkanstaaten bildet, sofern diese ein Interesse an einem EU-Beitritt erklären sollten.

¹ Die Beiträge sind dokumentiert in *Langewiesche, R./Tóth, A.* (Hrsg.), *Die Einheit Europas – Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung*, Münster 2002

Renate Langewiesche war bis Juli 2001 wissenschaftliche Referentin beim EGI. (Ab Sept. 2002 lehrt sie an einem BK des Landes NRW.)
e-mail: rlangewiesche@belgacom.net

Zu der Konferenz kamen 115 Vertreterinnen und Vertreter von EGB-Mitgliedsorganisationen aus praktisch allen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern zusammen, Mitarbeiter verschiedener gewerkschaftsfreundlicher Institutionen, Wissenschaftler und Politiker aus 21 Ländern, die ein breites Wissens- und Meinungsspektrum zur Frage der EU-Erweiterung und der Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten abdeckten. Die Konferenz war über ein Jahr lang geplant und vorbereitet worden, die vier ineinander übergreifenden Themen und die entsprechenden Redner/innen waren sorgfältig ausgewählt worden, um einerseits den Themen Rechnung zu tragen, die im Zentrum des allgemeinen Interesses stehen – wie beispielsweise die künftige Architektur und Berufung der EU und die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells – und andererseits Fragen zu untersuchen, die vor allem für Gewerkschaften und Sozialpartner von Interesse sind und tendenziell in den Veröffentlichungen über die Erweiterung bzw. den Beitritt und in den Kreisen der Politikgestalter unterbewertet werden. In der Konferenz wurden die makroökonomischen Auswirkungen der Integration und die Verteilung der wirtschaftlichen Kosten und Nutzen zwischen den Mitglieds- und Beitrittsländern untersucht. In der Sitzung, die sich mit Arbeitsmarkt- und Migrationsfragen befasste, war der Ansatz ähnlich. Im Hinblick auf die soziale Dimension wurde deutlich, welche Strecke die Beitrittsländer noch zurückzulegen haben, um zu gewährleisten, dass sie in allen sozial- und beschäftigungspolitischen Aktionsfeldern mitwirken können, wenn sie erst einmal EU-Mitglieder sind. Bei dieser Gelegenheit trat daneben eindeutig die Notwendigkeit zu Tage, die normativen und operativen Dimensionen des sozialen Besitzstandes (im Fachjargon: sozialer *acquis*) in der gegenwärtigen EU weiterzuentwickeln, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Pfeilern Wirtschaft und Soziales zu erreichen.

Es herrschte Einigkeit unter den Konferenzteilnehmern, dass die aktuelle und künftige Entwicklung der EU neben besseren flankierenden Politiken zur Abmilderung der mit dem Wandel auf den Arbeitsmärkten womöglich einhergehenden

Negativfolgen auch Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Dialogs auf EU-Ebene und in den verschiedenen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern erfordert, die gleichermaßen Bestandteil des Integrationsprozesses sein müssen. Insgesamt sollten mehr Informationen, Transparenz und eine öffentliche Diskussion über die Beteiligung – und deren Verwirklichung – an der Zukunft der Europäischen Union ein wichtiger Träger und Beweis der demokratischen Dimension der Union sein. Die Charta der Grundrechte und ein informationspolitisches Paket über die Erweiterung, das von der Kommission kurz vor der Eröffnung der Konferenz angekündigt wurde, dürften zur Förderung dieser Dimension beitragen. Die Konferenz sollte ein weiterer Schritt in diese Richtung sein sowie politische Alternativen und Lösungsansätze für Problemfelder in Bezug auf diesen Integrationsprozess aus gewerkschaftlicher Perspektive aufzeigen.

Die *Hauptergebnisse* lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die historisch einzigartige Chance, Europa zu vereinen, muss zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, und die europäische Gewerkschaftsbewegung wird ihre Rolle dabei voll wahrnehmen.
- Der EGB würdigt die historische Bedeutung der Volksbewegungen zur Befreiung vom Joch der Diktatur in Mittel- und Osteuropa.
- Dauerhafter Frieden, Demokratie, Wohlstand der Völker und ein menschenwürdiges Leben für Bürgerinnen und Bürger überall sind nur zu erreichen, wenn die Menschen und ihre Organisationen an den politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen auf nationaler, interregionaler und der EU-Ebene beteiligt werden.
- Die EU-Erweiterung verlangt weitere Bemühungen um die Vertiefung der Integration, eine verstärkte demokratische Entscheidungsfindung und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes.
- Für eine erfolgreiche Erweiterung reichen Gesetzesänderungen allein nicht aus; ein institutioneller Wandel und die Entwicklung der Humanressourcen sind die

eigentliche Garantie für eine umfassende Achtung und Durchführung des gemeinschaftlichen *acquis*.

- Der soziale Dialog muss auf der EU-Ebene, in den jetzigen Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern weiter verstärkt und gefördert werden; den Gewerkschaften muss es erlaubt sein, ihrer Stimme in Fragen des künftigen Aufbaus der Europäischen Union Gehör zu verschaffen.
- Die Sozialpartner müssen in allen Ländern und auf EU-Ebene eine wichtige Rolle in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, dem Wiederaufbau von Branchen, Regionen, Unternehmen, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Reform der Systeme der sozialen Sicherheit und bei den Bemühungen um die Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie der Gleichbehandlung von diskriminierten Gruppen der Gesellschaft und der Integration aller sozial Benachteiligten spielen.
- Wirtschaftswachstum muss sich positiv auf die Einkommen von Erwerbstätigen und der Bevölkerung insgesamt auswirken. Das trägt zur Verringerung der Einkommensschere zwischen den beiden Seiten bei und macht die Erweiterung und den Beitritt tragfähiger und annehmbarer. In diesem Zusammenhang müssen eine ernsthafte dreigliedrige Konzertation und insbesondere die Förderung von zweigliedrigen Arbeitsbeziehungen auf allen Ebenen sowie Tarifverhandlungen vorrangige Ziele sein.
- Obwohl die wirtschaftliche Integration der jetzigen Beitrittsstaaten insgesamt kaum eine größere negative Wirkung auf die Produkt-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte insgesamt haben wird, müssen begleitende politische Maßnahmen in einer ganzen Reihe von Sektoren und Regionen auf beiden Seiten durchgeführt werden, um solche Auswirkungen dort, wo sie dann doch auftreten, abzumildern. Hier sind die Übertragung der Europäischen Beschäftigungsstrategie auf die Beitrittsländer und der wirksame Einsatz von Hilfsprogrammen – die eine starke soziale Dimension brauchen – sowie gleiche Rechte für ausländische und inländische Erwerbstätige in jedem Land ganz entscheidend. Nur so wird die Integration für alle Seiten ein Gewinn sein.